Verbands-
politische
Rundschau

Analysen
Positionen
Informationen
Diskussionen

zur Arbeit der
Deutschen
Vereinigung
für
Politische Bildung

Bericht über die Sitzung des Erweiterten Bundesvorstands der DVPB

Vom 08. bis 09.11.2013 fand in Hustedt/Celle die diesjährige Sitzung des Erweiterten Bundesvorstands der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung (DVPB) statt. Nach Begrüßung durch den Bundesvorsitzenden Prof. Dr. Dirk Lange folgte ein Impulsreferat von Dr. Oliver Flügel-Martinsen (Universität Bielefeld) zum Thema „Politisches Handeln im Spiegel aktueller Demokratietheorien", das in einer angeregten Diskussion mündete. Ergänzend zu den Ausführungen von Flügel-Martinsen beschrieb Dr. Werner Friedrichs (Studienseminar Celle) anschließend in einem weiteren Impulsreferat die „didaktischen Konsequenzen aus den neueren Demokratietheorien".

Den beiden inhaltlichen Vorträgen folgte ein offener Austausch der Anwesenden mit Thomas Krüger, dem Präsidenten der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb). Thomas Krüger berichtete u.a. von aktuellen Umstrukturierungen der bpb und dem Umgang mit den seit 2012 erfolgten Mittelkürzungen aus dem Bundeshaushalt, die bildungspolitisch für Aufsehen gesorgt hatten (siehe Initiative des Bundesausschuss für Politische Bildung (bap): www.demokratiebrauchtpolitischebildung.de). Aus Anlass der NSU-Vorfälle habe die bpb 2013 zudem kurzfristig eine Sonderzuweisung von zwei Millionen Euro aus der Bundespolitik für den Bereich „Extremismus" erhalten, so dass zahlreiche Bildungsmaßnahmen gefördert bzw. neue Schwerpunkte etabliert werden konnten. Die Wahl zum 18. Deutschen Bundestag sei durch die Bundeszentrale mit verschiedenen Angeboten und Aktionen (z.B. der prominenten Entscheidungshilfe „Wahl-O-Mat"'; www.wahl-o-mat.de/bundestagswahl2013) begleitet worden. Als innovatives mediales Projekt hob Krüger u.a. einen gemeinsam von der bpb und den Produzenten der RTL2-Daily Soap „Berlin Tag und Nacht" veranstalteten Regie-Skript-Wettbewerb zum Thema „Wahlen" hervor, in dessen Rahmen drei Skript-Vorschläge prämiert und innerhalb der TV-Serie umgesetzt wurden. Der Einsatz des Wahl-O-Maten und die Thematisierung der politischen Inhalte der Wahlprogramme der einzelnen Parteien in der TV-Serie habe die Bundestagswahlen und das auf sie zugeschnittene Bildungsangebot der bpb in das Bewusstsein einer sonst für die bpb eher schlecht erreichbaren Zielgruppe verholfen (was durch ungewöhnlich hohe Zugriffszahlen auf die entsprechenden Internetangebote der bpb in zeitlicher Nähe der Ausstrahlung der Sendung dokumentiert wurde).

Krüger betonte die Relevanz informeller Politischer Bildung, d.h. politischer Lernprozesse in der unmittelbaren Lebenswelt der Jugendlichen wie Familie, Peer Group oder Jugendszene. Er berichtete von weiteren neuen und innovativen Projekten der bpb im Bereich

Dr. Werner Friedrichs führt aus, was die neueren Demokratietheorien seiner Ansicht nach für die Didaktik der Politischen Bildung bedeuten

Der Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung Thomas Krüger (rechts) steht dem Plenum Rede und Antwort.

des Social Media mit bekannten „YouTube-Stars" und anderen jugendkulturell beliebten Formaten zu aktuellen politischen Themen wie beispielsweise „Extremismus".

In Bezug auf die Planung des 2015 gemeinsam von DVPB, bpb und bap veranstalteten Bundeskongress zur Politischen Bildung wurden Themen wie „Ungleichheit" und „Partizipation", als Veranstaltungsort postindustrielle Orte wie etwa Mannheim oder das Ruhrgebiet diskutiert. Von Seiten der DVPB wurde in diesem Zusammenhang die Relevanz der Anbindung bzw. Co-Organisation durch eine Universität/Lehrstuhl der Politischen Bildung inkl. Nutzung universitärer Räumlichkeiten, sowie der Einbezug eines DVPB-Landesverbandes, der die Herausforderungen eines bundesweiten, dreitägigen Kongresses vor Ort unterstützen könne, betont.

Der Samstag widmete sich vor allem der internen und externen Verbandsarbeit der DVPB. In Form von Länderberichten informierten die einzelnen Landesverbände über die Situation des jeweiligen Landesverbands, über Veranstaltungen, Initiativen und Kooperationen mit externen Partnern, die Mitgliederentwicklung/-struktur sowie über Maßnahmen zur Gewinnung von neuen Mitgliedern. Weiterhin interessierte die Situation der Politischen Bildung (Schule, Hochschule, Jugend- und Erwachsenenbildung) in den jeweiligen Bundesländern. Die Berichte von zahlenmäßig großen Landesverbänden z.B. über Aktionen zur Aktivierung von jungen Mitgliedern trugen zu einem wertvollen Austausch über die Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit bei. Noch immer stehen einige Landesverbände jedoch aufgrund von Pensionierung/Wegzug junger KollegInnen und geringer Ausbildungszahlen an Universität und Studienseminar bzw. Beschäftigungsmöglichkeiten im Schuldienst (neue Bundesländer, Saarland) vor der Herausforderung stagnierender Mitgliederzahlen und geringer Partizipation bei Veranstaltungen und Angeboten der Landesverbände. Auch lassen bei den Stadtstaaten (Berlin, Hamburg) ein Überangebot diverser Anbieter und Akteure in Themenfeldern der Politischen Bildung auf eine wenig wahrgenommene Relevanz der DVPB schließen. Um die zeitintensiven Länderberichte künftig fruchtbarer nutzen zu können, wurde angeregt, in einer zukünftigen Sitzung des Erweiterten Bundesvorstands die jeweiligen Informationen etwa nach den Themenschwerpunkten „Mitgliederakquise" oder „Stand der Politischen Bildung an den Schulen" gesammelt aufzuführen und die Ergebnisse dadurch für alle Landesverbände vergleichbarer, transparenter und zugänglicher zu machen.

In den Ressortberichten der Mitglieder des Bundesvorstandes wurde über verschiedene Aktivitäten und Initiativen de DVPB berichtet, wie etwa der geplante Mitgliedsantrag beim Dachverband Gesellschaft für Fachdidaktik (GFD), einem gemeinsam mit der Deutschen Gesellschaft für Demokratiepädagogik (DeGeDe) geplanten Roundtable oder einer gemeinsamen Initiative zu politischer Partizipation mit bpb und weiteren Verbänden und Stiftungen.

Ein wesentlicher Gesprächspunkt war der geplante DVPB-Transparenzkodex für Unterrichtsmaterialien. Hierbei geht es um eine Initiative der DVPB, die durch Dritte wie Unternehmen, Stiftungen, Verbände, soziale Bewegungen oder Interessengruppen in den Fächern der Politischen Bildung meist kostenlos angebotenen Unterrichtsmaterialien durch bestimmte Kriterien besser auszuweisen und so Transparenz und Kontroversität in Schule und Unterricht zu gewährleisten bzw. zu fördern. So wurden u.a. die geplante Forderung der DVPB diskutiert, im Impressum der Materialien explizit neben den AutorInnen auch die Finanzierung der Materialien (Personen, Organisationen) in Form von Geld-, Personal- oder Sachmitteln auszuweisen. Eine Konsequenz daraus wäre, dass Materialien Dritter, die diese Anforderungen nicht erfüllten, in Schule und Unterricht künftig nicht verwendet werden sollten. Als Selbstverpflichtung sollten die Bildungsministerien der Länder, Schulleitungen und Lehrkräfte künftig dafür Sorge tragen, dass gegen diesen Transparenzkodex nicht verstoßen werde, so die Überlegungen.

Weitere Diskussionsthemen waren die Relevanz des Einsatzes von Social Media im Politikunterricht (respektive entsprechender Weiterbildungsangebote für Lehrkräfte) sowie die redaktionellen Angebote der verbandseigenen Zeitschrift POLIS.

Es folgte die Fortführung des am Vortag mit Thomas Krüger (bpb) begonnenen Austausches zur inhaltlichen Ausrichtung und Planung des Bundeskongresses zur Politischen Bildung 2015, dessen Vorbereitung auch das zentrale Thema der Sitzung des Erweiterten Bundesvorstands im kommenden Jahr bilden wird.

Sara Alfia Greco
Bundesvorstand der DVPB

· Informationen · Planungen · Aktionen · Berichte ·

Mecklenburg-Vorpommern

Politikverdrossenheit!?: erfolgreicher Jahreskongress zur Politischen Bildung

Unter dem Titel „Politikverdrossenheit!? Herausforderungen und Konsequenzen für die Politische Bildung" fand am 01.Oktober 2013 der 6. Jahreskongress zur Politischen Bildung in Mecklenburg-Vorpommern statt. Wie bereits seit 2008 fand der Kongress in Kooperation der Landeszentrale für politische Bildung mit dem Landesverband der DVPB statt. In diesem Jahr tagten die politischen Bilderinnen und Bilder in den Räumen der Universität Rostock.

Gut 180 Multiplikatorinnen und Multiplikatoren der schulischen und außerschulischen Politischen Bildung folgten den Ausführungen von Prof. Dr. Ulrich Eith von der Universität Freiburg, der als Direktor des Studienhaus Wiesneck (Buchenbach) Politikwissenschaft und Politische Bildung verbindet.

Das Schlagwort „Politikverdrossenheit" taugt nach Ansicht von Prof. Eith nur bedingt, um die Herausforderungen für die Politische Bildung zu beschreiben. Eine generelle Politikverdrossenheit sei nicht nachweisbar, so sein Fazit. Dennoch steht die Politische Bildung vor zwei unterschiedlichen und nur schwer miteinander zu verbindenden Herausforderungen: Zum einen sehen wir am Rand der Gesellschaft das Phänomen der Abkehr vom Politischen. Die häufig als „bildungsfern" Titulierten empfinden sich als ausgegrenzt und verweigern sich einer politischen Beteiligung. Auf der anderen Seite wird der Ruf nach einer Ausweitung von Partizipationsmöglichkeiten lauter: mehr direkte Demokratie, mehr Mitbestimmung – das sind Forderungen angesichts der Debatten um „Stuttgart 21", der Frage nach der Privatisierung öffentlicher Angelegenheiten oder der Legitimation bildungspolitischer Entscheidungen (Hamburg). „Mehr Selbstbestimmung durch politische Mitbestimmung" sind Forderungen aus dem Kreis einer besser verdienenden und vor allem besser gebildeten Mittelschicht. Um die Legitimation des politischen Systems zu erhalten gilt es für die Politik, sich beiden Herausforderungen zu stellen. Für Eith sind die Instrumente der Politischen Bildung „informieren, mitdiskutieren und mitentscheiden" Werkzeuge, um eine „Kultur der Mitentscheidung" zu befördern. Zentrale Voraussetzungen für eine entsprechend lebendige Demokratie sind für ihn politisch informierte und diskussionsfreudige Bürgerinnen und Bürger sowie Politikerinnen und Politiker, die bereit sind, Macht abzugeben.

Im Rahmen einer Podiumsdiskussion fanden unterschiedliche Ansätze Gehör, wie den Herausforderungen konkret begegnet werden kann. Dabei wurden neben der Politik und der Politischen Bildung auch einflussreiche gesellschaftliche Institutionen wie die Kirchen in der Verantwortung gesehen.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Kongresses konnten am Nachmittag aus einem Angebot von sechs Workshops wählen, die sich konkreten Aufgaben widmeten: von der Herausforderung, Politische Bildung mit und durch die neuen Medien zu verändern, über die Frage der Politischen Bildung mit Kindern und mit Seniorinnen und Senioren bis zur Elementarisierung und der Frage der Politischen Bildung als fächerübergreifendes Prinzip.

Die Veranstalter zogen nach dem 6. Jahreskongress – der wie alle Kongresse seit 2008 in Kooperation von Landeszentrale für politische Bildung und DVPB stattfand – ein positives Fazit. Ort und Thema für den nächsten gemeinsamen Kongress 2014 werden bereits diskutiert.

Im Anschluss an den Jahreskongress fand die Mitgliederversammlung des Landesverbandes der DVPB statt, bei der u.a. die Neuwahl des Vorstandes anstand.

Der bis 2013 amtierende Vorstand legte zunächst seine Bilanz vor: Ein Schwerpunkt der vergangenen Jahre lag in der Organisation von Fortbildungen und Veranstaltungen, um den Verband in Mecklenburg-Vorpommern bekannter zu machen. Im Zeitraum von Sommer 2010 bis Sommer 2013 fanden insgesamt vierzehn Veranstaltungen unter Beteiligung der DVPB in Mecklenburg-Vorpommern statt. Diese werden über eine eigene Internetseite sowie einen kontinuierlich erweiterten Email-Verteiler beworben. In der Regel fanden die Veranstaltungen in Kooperationen mit unterschiedlichen Trägern der Politischen Bildung statt.

Angesichts eines geringen Angebotes von Lehrerfortbildungen speziell für Sozialkundelehrerinnen und Sozialkundelehrer sah der Vorstand hier ein wichtiges Betätigungsfeld.

Bei der Wahl des Vorstandes wurde die Landesvorsitzende Dr. Gudrun Heinrich im Amt bestätigt. Landesschatzmeisterin wurde mit Mandy Kröppelien eine Vertreterin aus dem Bereich der außerschulischen Politischen Bildung. Weiterhin gehören dem Vorstand Susanne Krüger (Lehrerin) und Tino Leipold (Referendar) an. Besitzer sind Ulf Lübcke (Berufsschullehrer) und Wolfgang Klameth (Lehrer, zur Zeit im Bildungsministerium).

Die Sicherung der Qualität der Ausbildung der angehenden Sozialkundelehrerinnen und -lehrer ist dem alten wie dem neuen Vorstand ein großes Anliegen. Die zur Zeit in den Ausschüssen des Landtages diskutierte Novelle des Lehrerbildungsgesetzes führt in Augen des Vorstandes zu einer Entprofessionalisierung des Lehrer/innenberufes, da weder das Erste noch das Zweite Staatsexamen noch eine klare pädagogische und fachdidaktische Qualifizierung zur Einstellungsvoraussetzung erhoben werden. Der hohe Bedarf an Lehrerinnen und Lehrern in den kommenden Jahren zwingt die Landesregierung zu einer pragmatischen Lösung. Dem Bildungsauftrag der allgemeinbildenden Schulen kann aber nicht entsprochen werden, wenn auf eine profunde fachdidaktische Qualifikation der künftigen Lehrerinnen und Lehrer verzichtet wird.

Eine weitere Aufgabe sieht der neue Vorstand darin, die Attraktivität des Verbandes auch für außerschulische politische Bildnerinnen und Bildner zu steigern. So sind u.a. Veranstaltungen unter dem Titel

„Train the Trainer – Professionalität in der Politischen Bildung"

für Frühjahr/Sommer 2014 geplant.

Dr. Gudrun Heinrich,
1. Landesvorsitzende
Mecklenburg-Vorpommern

Prof. Dr. Ulrich Eith (Universität Freiburg) sieht einen zentralen Auftrag der Politischen Bildung in der Förderung einer „Kultur der Mitbestimmung".

Foto: Landeszentrale für politische Bildung M.-V.

Hamburg

Hamburg – heute und morgen: Olaf Scholz diskutiert mit mehr als 120 Hamburger Oberstufenschüler/innen und 30 Lehrkräften

Dr. Wolfgang Böge, Vorstandsmitglied im Fachverband Geschichte und Politik, war es gelungen, Hamburgs Ersten Bürgermeister Olaf Scholz am 29. April zu einer Diskussion über die Chancen und Probleme Hamburgs einzuladen. Die Veranstaltung wurde gemeinsam mit dem Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung organisiert. Das Interesse war sehr groß – bereits nach 24 Stunden waren alle Plätze vergeben. Aus 26 Schulen (16 Gymnasien und 10 Stadtteilschulen) ganz Hamburgs waren Schülerinnen und Schüler sowie Lehrerinnen und Lehrer in die Aula des Landesinstituts im Weidenstieg gekommen.

Zu Beginn der Veranstaltung führte unser Verbandsmitglied Stephan Benzmann vom Gymnasium Eppendorf in „Merkmale und Besonderheiten des politischen Systems der Freien und Hansestadt Hamburg" ein. Der didaktische Teil galt dabei für die Lehrkräfte als Fortbildungsveranstaltung.

Die folgende Diskussion mit dem Bürgermeister war äußerst lebendig. Die Schülerinnen und Schüler stellten viele Fragen in einem weiten inhaltlichen Rahmen, insbesondere aber zu sozialen Themen. Bürgermeister Scholz verlängerte die Diskussionszeit von sich aus sogar über das vorgesehene zeitliche Ende hinaus. In der Pressemeldung des Hamburger Senats vom 29. April 2013 heißt es dazu: „Bürgermeister Scholz: Wenn junge Leute sich für das Zusammenleben in unserem Staat interessieren, wenn sie fragen, wie man eine Metropole wie Hamburg gestaltet, dann unterstütze ich das sehr."

Die Veranstaltung sollte anregen, sich mit dem Regierungssystem Hamburgs und den Chancen und Problemen der Stadt auseinanderzusetzen, die Distanz zwischen Politik und Bevölkerung abzubauen, und die Gestaltungsmöglichkeiten der Politik aufzeigen. Den Lehrerinnen und Lehrern wurden zudem Ideen und Ansätze für einen Fachunterricht mit Regionalbezug geboten. Die Schülerinnen und Schüler sollten schon wenig später direkt in das politische Geschehen eingreifen, da das Wahlalter im Stadtstaat herabgesetzt ist. Beim parallel zur Bundestagswahl im September 2013 stattfindenden Volksentscheid in Hamburg konnten auch 16- und 17-Jährige erstmals ihre Stimme abgeben und so die Politik der Hansestadt mitgestalten.

Die Reihe der von Wolfgang Böge für den Verband organisierten politischen Diskussionen wird mit der Parlamentspräsidentin der Hamburger Bürgerschaft Carola Veit im November und mit Bundestagspräsident Norbert Lammert im Frühjahr fortgesetzt werden. Außerdem sind Diskussionen u. a. zum Thema „erneuerbare Energien" und „Wirtschaftsethik" geplant.

Dr. Helge Schröder, Erster Vorsitzender des Fachverbandes Geschichte und Politik Hamburg

Olaf Scholz im Dialog mit den Oberstufenschüler/Innen und Lehrkräften *Foto: Jörg Gensel, Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung*

Mitgliederversammlung des Fachverbandes Geschichte und Politik

Am 4. Juni dieses Jahres fand im Staatsarchiv des Stadtstaates die turnusgemäße Mitgliederversammlung des Fachverbandes Geschichte und Politik Hamburg statt, mit dem die DVPB in der Freien und Hansestadt kooperiert.

Der Rechenschaftsbericht des Vorsitzenden gestaltete sich erfreulich. Der Verband konnte in den letzten drei Jahren die Zahl seiner Mitglieder von 100 auf mehr als 120 steigern. Noch bemerkenswerter erscheint, dass über die Hälfte der Mitglieder erst in den vergangenen fünf Jahren eingetreten sind und damit zu einer erheblichen Verjüngung und Zukunftssicherung des Fachverbandes beitragen. Auch die Finanzen des Landesverbandes haben sich durch eine konsequente Spar- und Konsolidierungspolitik – begleitet und überwacht durch den langjährigen Schatzmeister Thomas Rabe – wieder erholt. Der jährliche Mitgliedsbeitrag von 27,50 Euro, der den Bezug von „Geschichte für heute" einschließt (POLIS kann für derzeit 8 Euro im Jahr zusätzlich bezogen werden), ist knapp kalkuliert, aktuell aber kostendeckend.

Positiv ist auch das zunehmende Interesse der Hamburger Mitglieder an den alle zwei Jahre stattfindenden Historikertagen bzw. an den Bundestagungen der DVPB teilzunehmen – beim letzten Historikertag in Mainz hätten wir eine „Hamburger Landesgruppe" gründen können!

Bei den anschließenden Wahlen zum Vorstand des Fachverbandes wurden der Vorsitzende Dr. Helge Schröder, tätig am Landesinstitut, und der Schriftführer Jan Giesel, vom Gymnasium Oldenfelde, für die nächsten drei Jahre wiedergewählt. Neue zweite Vorsitzende ist Franziska Frisch von der Stadtteilschule Süderelbe, auch der Posten des Schatzmeisters wurde mit Norman Rose von der Irena-Sendler-Stadtteilschule neu besetzt. Für die zwei satzungsgemäß vorgesehenen stimmberechtigten Beisitzer wurden Hartwig Dohrke und Thomas Rabe, beide am Albert-Schweitzer-Gymnasium tätig, gewählt. Weitere nicht stimmberechtigte Beisitzer im Vorstand werden gemäß der Satzung in nachfolgenden Sitzungen kooptiert werden. Der Vorsitzende dankte Hartwig Dohrke und Thomas Rabe für die langjährige Arbeit als zweiter Vorsitzender bzw. als Schatzmeister.

Dr. Helge Schröder, Erster Vorsitzender des Fachverbandes Geschichte und Politik Hamburg

Neue Themen für das Zentralabitur im Fach Politik-Gesellschaft-Wirtschaft

Im Jahr 2012 wurde auch in Hamburg ein Zentralabitur für das Fach PGW (Politik-Gesellschaft-Wirtschaft) eingeführt. Im Frühjahr 2014 wird der erste Abiturientenjahrgang die zentral gestellten Themen bearbeiten. Nachfolgend werden die Schwerpunktthemen für die Jahre 2014, 2015 und 2016 zusammengefasst. Zu berücksichtigen ist, dass es in Hamburg keine Grund- und Leistungskurse mehr gibt, sondern ein grundlegendes und ein erhöhtes Niveau. Die folgende Zusammenfassung ist gekürzt und vereinfacht. Detaillierte und rechtsverbindliche Informationen stehen beispielsweise auf der Internetpräsenz des Fachverbandes Politik und Geschichte bereit (www.geschichtslehrer-hamburg.de).

Den Schülerinnen und Schülern werden drei Aufgaben zur Auswahl angeboten. Die Aufgaben beziehen sich auf zwei Schwerpunkte – entsprechend werden zwei Aufgaben auf den einen, eine Aufgabe auf den anderen Schwerpunkt entfallen.

Zu Schwerpunkt I PGW 2014-2016. Schwerpunkt im Rahmen des Inhaltsfelds Wirtschaftssystem und Wirtschaftspolitik ist die thematische Dimension „Wirtschaftspolitische Grundpositionen in der Finanzkrise".

Anhand einer Fallanalyse wirtschaftspolitischer Maßnahmen in Krisenphasen (unter Berücksichtigung der Finanzkrise seit dem Jahr 2008) sollen folgende Inhalte bearbeitet werden:

- Monetarismus – Grundlagen und Auswirkungen einer ökonomischen Position
- Staatsinterventionen in Sinne des Keynesianismus

Historischer Bezug: Grundzüge der Entstehungs- und Wirkungsgeschichte beider Grundpositionen (Liberalismus und New Deal)
Zusätzlich gilt auf erhöhtem Niveau:

- Nachhaltige Entwicklung als zusätzliche Problematik

Zu Schwerpunkt II PGW 2014-15. Schwerpunkt im Rahmen des Inhaltsfeldes „Politik und demokratisches System" ist das Thema „Politik und politischer Prozess in der aktuellen Energiepolitik". Anhand einer Fallanalyse eines energiepolitischen Problems im politischen System sollen folgende Inhalte bearbeitet werden:

- Dimensionen des Politischen (Policy / Polity / Politics)
- Politikzyklus als Analyseinstrument

Zusätzlich gilt auf erhöhtem Niveau:

- Vertiefte Kenntnisse der konfliktanalytischen Kategorien Recht, Öffentlichkeit und Interesse

Zusätzlich auf erhöhtem Niveau: Die Schülerinnen und Schüler...

- können kontroverse Argumentationen in Bezug zueinander setzen,
- ausgehend von ihrem eigenen Urteil Vorschläge zur Lösung politischer Problemstellungen entwickeln.

Zu Schwerpunkt II PGW 2016. Schwerpunkt im Rahmen des Inhaltsfeldes „Gesellschaft und Gesellschaftspolitik" ist das Thema: „Gesellschaftstheorien und -konzepte". In Auseinandersetzung mit der Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse in den industrialisierten Staaten sollen folgende Inhalte bearbeitet werden:

- Pro und contra dreier Modelle zur Erklärung moderner Gesellschaften (Dienstleistungs-, Erlebnis- und Risikogesellschaft)
- Entwicklung und Grenzen des Wohlfahrtsstaates

Zusätzlich gilt auf erhöhtem Niveau:

- Grundkonzeptionen zur Weiterentwicklung der Gesellschaft (Individualismus und Kommunitarismus)

Dr. Helge Schröder,
Erster Vorsitzender des Fachverbandes Geschichte und Politik Hamburg

Niedersachsen

21. Niedersächsischer Tag der Politischen Bildung: aktuelles Thema stieß auf großes Interesse

Der 21. „Tag der Politischen Bildung" der DVPB Niedersachsen, der am 12. September im Leibnizhaus der Universität Hannover stattfand, stieß auf großes Interesse: Die mehr als 150 Teilnehmerinnen und Teilnehmer hatten zur Folge, dass der Leibnizsaal nicht nur bis auf den letzten Platz besetzt war – viele Zuhörer mussten bei den eröffnenden Grußworten von Landtagspräsident Bernd Busemann, dem DVPB-Bundesvorsitzenden Dirk Lange und dem ersten Vorsitzenden des niedersächsischen Landesverbandes Markus Behne mit Stehplätzen Vorlieb nehmen. Zu dem lange im Vorfeld beschlossenen Tagungsthema „Naher Osten! Stagnation oder Aufbruch?" sprachen die Nahost-Experten Prof. Thomas Demmelhuber (Universität Hildesheim) und Rolf Tophoven (Institut für Krisenprävention Essen), denen vor Hintergrund der dramatischen Zuspitzung in Syrien und Ägypten eine packende Schilderung und Einordnung der Ereignisse wie dem drohenden Militäreinsatz der NATO gegen das syrische Regime oder die bürgerkriegsartigen Proteste gegen die Anklage von Präsident Mursi in Ägypten gelang.

Der Nachmittag gehörte traditionell den Workshops zur Erarbeitung von Methoden für die schulische und non-formale Bildung. Diesmal wurde einer der drei Workshops vom Tagungskooperationspartner der DVPB, der Agentur für Erwachsenen- und Weiterbildung AEWB, ausgerichtet. Das Kultusministerium des Landes Niedersachsen hat den Tag der Politischen Bildung finanziell unterstützt. Die Beiträge der Tagung werden in Heft 2-2013 der „Politik unterrichten" veröffentlicht.

Der 22. Niedersächsische Tag der Politischen Bildung wird am 25. September 2014 ebenfalls im Leibnizhaus stattfinden. Er steht unter dem Arbeitstitel: „Politische BürgerInnen: Ins Netz gegangen! Zur neuen Mediendemokratie."

Markus W. Behne
1. Landesvorsitzender Niedersachsen

Mitgliederversammlung: Vorstand wiedergewählt

Die gut besuchte Mitgliederversammlung des niedersächsischen Landesverbandes der DVPB, die am Nachmittag des 12. September 2013 im Anschluss an den „Tag der Politischen Bildung" stattfand, hat zu einer Wiederwahl des bestehenden geschäftsführenden Vorstands geführt: 1. Vorsitzender Markus W. Behne, 2. Vorsitzender Manfred Quentmeier, Geschäftsführer Henrik Peitsch, Kassenwart Roland Freitag.

Die Gruppe der Beisitzerinnen und Beisitzer hat sich deutlich verjüngt. und mehr weibliche Mitstreiterinnen konnten gewonnen werden.

Für ihre langjährige Tätigkeit als Vorsitzende und Mitglieder des Vorstands wurde Herrn Prof. Dr. Gerhard Himmelmann und Herrn Dr. Wilhelm Wortmann vielmals gedankt. Beide schieden auf eigenen Wunsch aus der Vorstandsarbeit, an der sie viele Jahre engagiert mitgewirkt haben. Der Landesverband ist dankbar dafür, dass ihm beide Mitglieder weiterhin für Ratschläge und Tipps ansprechbar bleiben. Auch an dieser Stelle möchte sich die DVPB Niedersachsen noch einmal vielmals für die couragierte verbandspolitische Arbeit von Gerhard Himmelmann und Wilhelm Wortmann bedanken.

Markus W. Behne
1. Landesvorsitzender Niedersachsen

Vorankündigungen

Fachdidaktische Tagung: politisches Lernen aus der Geschichte

06. (14:00 Uhr) – 07. Februar 2014 (17.00 Uhr) in der Akademie des Sports Hannover

In Kooperation mit dem niedersächsischen Kultusministerium, dem Geschichtslehrerverband und dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge wird der niedersächsische Landesverband der DVPB am 06. und 07. Februar 2014 seine 4. fachdidaktische Tagung veranstalten. Aus Anlass der 100. Jährung der Auslösung des Ersten Weltkrieges wird unter dem Titel „1914 – 2014. Krieg und Frieden. Von der Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts zu den Herausforderungen der Gegenwart" eine interdisziplinäre fachdidaktische Auseinandersetzung mit dem Thema geboten.

Ziel des historischen Tagungsteils ist es, die Erinnerung an die Ereignisse der Weltkriegsepoche zu beleben und die überragende historisch-politische Bedeutung des Ersten Weltkriegs für die Entwicklung im 20.Jahrhundert in gesamteuropäischer Perspektive herauszustellen. Im Tagungsteil der Politischen Bildung sollen die Herausforderungen der Gegenwart im Hinblick auf die „Neuen Kriege" und die Perspektiven für eine friedliche Welt im 21. Jahrhundert thematisiert werden. Dazu soll der Wandel in den Denkansätzen und -modellen auf (inter-)nationaler Ebene sowie in didaktisch-methodischen Konzepten für den Politikunterricht vorgestellt und diskutiert werden.

Die Veranstaltung richtet sich an Beschäftigte in der schulischen und außerschulischen Bildung. Details zum Programm erhalten Interessierte über das Tagungsbüro des Niedersächsischen Volksbundes.

Manfred Quentmeier,
2. Landesvorsitzender Niedersachsen

Workshop: „Planspiele in der Politischen Bildung. Europa in Aktion!"

19. (11.00 Uhr) – 21. Februar 2014 (15.00 Uhr) im Europahaus Aurich, Deutsch-Niederländische Heimvolkshochschule

Die Europäische Union ist verantwortlich für rund 80 Prozent der in Deutschland anzuwendenden Gesetze. Das Europäische Parlament ist am Zustandekommen fast aller dieser Rechtsakte beteiligt.

Im Mai 2014 sind die Bürgerinnen und Bürger der EU-Mitgliedsstaaten wieder zur Wahl des Europäischen Parlaments aufgerufen. Bis November 2014 werden die neuen Abgeordneten dann über die Mitglieder der neuen Kommission – also die Regierung der EU – entscheiden. Wahrscheinlic wird die durchschnittliche Wahlbeteiligung in den Mitgliedsstaaten wieder bei nur etwa 40 Prozent liegen.

Handeln und Verantwortung der politischen Institutionen der Europäischen Union sind immer noch wenig verstanden. Der Workshop wird mit europapolitischen Planspielen die innere Lo-

gik der europäischen Politik durchspielen.

Der methodische Zugang zum Thema Europa mittels Planspiele bietet viele Vorteile: Handeln in Institutionen, Kooperation und Wettbewerb, Einfluss von Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Während des Workshops werden Planspiele vorgestellt. Im Zentrum der Veranstaltung steht jedoch ihre praktische Erprobung! Die durch die Bundeszentrale für politische Bildung geförderte Veranstaltung richtet sich an Lehrkräfte aller Schulformen sowie der Jungend- und Erwachsenbildung aus ganz Deutschland. Kooperationspartner ist die Deutsche Vereinigung für Politische Bildung – Landesverband Niedersachsen. Das Programm wird gestaltet durch das CIVIC-Institut für internationale Bildung.

Weitere Informationen zur Tagung können bei den beteiligten Partnern in Erfahrung gebracht werden. Anmeldungen zur Tagung nimmt Studienleiter Kalle Puls-Janssen per E-Mail (puls-janssen@europahaus) oder telefonisch (04941/952 712) entgegen.

Markus W. Behne
1. Landesvorsitzender
Niedersachsen

Sachsen-Anhalt

Die Unterrichtswerkstatt Sozialkunde: ein Projekt von Praktikern für Praktiker

Bereits am 2. Juli diesen Jahres fand das erste Treffen der „Unterrichtswerkstatt Sozialkunde" des DVPB-Landesverbandes Sachsen-Anhalt in Halle (Saale) statt. Das Projekt richtet sich an der folgenden Idee aus: Für Sozialkundelehrer im täglichen Schulbetrieb ist es schwierig, komplexe methodische Unterrichtsreihen wie Planspiele, genetische Lehrstücke, Fallstudien etc. selbst zu entwickeln. Es mangelt insbesondere an den zeitlichen Ressourcen. Zudem ist jedem, der schon einmal die praktische Umsetzung einer methodisch komplexen Idee gewagt hat, bewusst, wie anspruchsvoll die Vorbereitung und Durchführung entsprechenden Unterrichts ist – erste Erprobungen verlaufen häufig nicht zufriedenstellend. In der Folge werden viele kreative Unterrichtsideen vorschnell verworfen. Dabei fehlt oft nur ein gemeinsamer Reflexionsraum, der in entsprechenden Situationen Beistand und Hilfe bietet. Umgekehrt verbergen sich in fachdidaktischen Publikationen häufig kreative Unterrichtsideen, die keine Konkretion und keinen Erfahrungsbezug aufweisen.

Die Unterrichtswerkstatt Sozialkunde knüpft an diese Überlegungen an. Sie möchte ein Forum für Sozialkundelehrer und Fachdidaktiker sein, in dem Unterrichtsideen aufgegriffen, gemeinsam konzipiert, erprobt und weiterentwickelt werden. Die Unterrichtswerkstatt versteht Unterrichtsplanung und -entwicklung ausdrücklich nicht als ein stupides Auflisten von Unterrichtsinhalten in Planungstabellen, die bereits Monate im Voraus festlegen, was an einem bestimmten Tag unterrichtet wird. Die Unterrichtswerkstatt folgt vielmehr einem methoden- und erfahrungszentrierten Verständnis von Unterrichtsplanung und -entwicklung. Sie tritt ein für einen kollegialen Dialog, der hilft, persönliche Erfahrungen des Funktionierens und Nicht-Funktionierens von Unterricht für die Entwicklung und Weiterentwicklung von Unterrichtsreihen nutzbar zu machen, die schließlich anderen Kollegen als Best-Practice-Modelle zur Verfügung gestellt werden können. Die Unterrichtswerkstatt Sozialkunde bietet die Möglichkeit für einen produktiven Austausch zwischen Fachdidaktik und Unterrichtspraxis, bei dem sich beide Seiten gegenseitig befruchten. Das Projekt richtet sich an Sozialkundelehrer, Fachdidaktiker und Referendare ausdrücklich aller Schulformen.

Das erste Treffen unserer Unterrichtswerkstatt fand im Juli 2013 in kleiner Runde, aber mit intensivem Austausch statt. Gegenstand war eine Unterrichtsidee, die der Frage folgt, wie das Thema „Soziale Ungleichheit" in der Sekundarstufe I so unterrichtet werden kann, dass a) soziale Ungleichheit nicht nur eine Ungleichheit von Einkommen, sondern auch eine Verschiedenheit von Lebenssituationen und Lebensstilen bedeutet und b) man dabei ohne (soziologisch und sozialpolitisch) abstrakte Instruktion im Sozialkundeunterricht vorgeht. Methodisch orientiert sich diese Unterrichtsidee an einer Mischung aus Fallanalyse, Konfliktanalyse und Sozialstudie. Ausgangs- und Bezugspunkt des Lernprozesses soll ein (erfundenes) Mietshaus sein, in dem Familien unterschiedlicher sozialer Milieus zusammenleben und es sozial „kracht". Über die Analyse der verschiedenen Familien, ihrer Lebenssituation und Lebensstile sowie der vorhandenen Konfliktlinien zwischen den Familien soll im weiteren Verlauf der Unterrichtsreihe ein Übergang zur sozialpolitischen Makroebene erfolgen.

Unser Austausch in der Unterrichtswerkstatt über diese Idee hat sich in ganz verschiedenen Dimensionen des fachdidaktischen Denkens abgespielt, angefangen bei der Diskussion der Sache selbst über die kritische Reflexion der Gesamtidee, möglicher Schülerzugänge, der Eignung des vorgeschlagenen Phasenentwurfs und der Materialien bis hin zur Frage des Brückenschlags von der Mikro- zur Makroebene. Das intensive gemeinsame Nachdenken und Diskutieren dieser Unterrichtsidee war für alle Beteiligten ein anstrengender aber gewinnbringender Prozess. Im Ergebnis konnten Probleme und Schwierigkeiten benannt und die Unterrichtsidee in ihrer Entwicklung ein großes Stück vorangebracht werden. In der nächsten Sitzung können wir zur Erprobung einzelner Teile übergehen. Vereinbart wurde außerdem ein Materialaustausch, so dass jeder Teilnehmer eigene Unterrichtserfahrungen mit dem Entwurf sammeln kann, die dann eine Weiterentwicklung ermöglichen. Das nächste Treffen findet voraussichtlich im Januar 2014 statt. Selbstverständlich steht die Unterrichtswerkstatt aber auch anderen Themen und Unterrichtsideen offen.

Christian Fischer und Sabine Thormann
Landesverband Sachsen-Anhalt

Thüringen

Jenaer Gespräche zur Politischen Bildung: brisantes Thema zieht Plenum in seinen Bann

Seit über einem Jahrzehnt ist es Tradition, dass im Herbst eines jeden Jahres die Jenaer Gespräche zur Politischen Bildung als Kooperationsveranstaltung der Landeszentrale für Politische Bildung, dem Thüringer Institut für Lehrerfortbildung, Lehrplanentwicklung und Medien (TILLM), der Professur für Didaktik der Politik der FSU Jena und dem Landesverband der DVPB-Thüringen stattfinden.

Ein bemerkenswertes Auditorium von weit über 100 Zuhörern verschiedener Generationen politisch Interessierter (unter ihnen viele Schüler und Studenten) und politischer Bildner aus der Jugend- und Erwachsenenbildung (wobei neben aktiven Lehrern und Politikwissenschaftlern auch Pensionäre vertreten waren) versammelte sich am Dienstagabend, dem 12.11.2013, im Hörsaal 6 der Friedrich-Schiller-Universität in Jena. Das Thema „Europäische Wirtschafts- und Finanzkrise – Krise der sozialen Marktwirtschaft?" stößt also nach wie vor auf ein großes öffentliches Interesse – die ihm immanente Sprengkraft spiegelte sich in den Ausführungen der Podiumsgäste wider.

Kooperationspartner der Jenaer Gespräche und Hausherr, Prof. Dr. Michael May, Professur für Didaktik der Politik an der FSU Jena und Vorstandsmitglieder des Landesverbandes der DVPB-Thüringen, begrüßte die Zuhörer und stellte die Gäste des Abends vor. Auf dem Podium versammelten sich Klaus Dörre, seit 2004 Professor für Arbeits-, Industrie- und Wirtschaftssoziologie an der FSU Jena, Andreas Freytag, seit 2003 Professor für Wirtschaftspolitik an der FSU Jena und Norbert Kleinheyer, seit 2005 Honorarprofessor der Staatswissenschaftlichen Fakultät Erfurt. Die Moderation übernahm ein weiterer Kooperationspartner der Jenaer Gespräche Franz-Josef Schlichting, seit 2004 Leiter der Landeszentrale für Politische Bildung in Erfurt.

Zunächst bot sich den Podiumsgästen die Möglichkeit, ihre Position zur Europäischen Wirt-

schafts- und Finanzkrise in einem kurzen Eingangsstatement darzulegen. Schnell wurde den Zuhörern klar, dass die Experten die Ereignisse vor dem Hintergrund ihres jeweiligen Arbeits- und Forschungsbereiches einordneten und deuteten. Dies sorgte für einigen Zündstoff während der Podiumsdiskussion. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit sollen an dieser Stelle zentrale Positionen der Experten vorgestellt werden.

Klaus Dörre formulierte seinen Standpunkt prägnant in konkreten Thesen. So bezweifelt er u. a., dass es einen Zusammenhang zwischen der Sozialstaatsquote und der Schuldenkrise gibt. Weiterhin sieht er in der Deregulierung des Finanzsektors die Hauptursache für die aktuelle Verschuldungsproblematik zahlreicher europäischer Länder. Nicht zuletzt äußerte er scharfe Kritik am deutschen Krisenmanagement, da s. E. die Soziale Marktwirtschaft nie ein progressives Konzept zur Lösung einer entsprechenden Krise gewesen ist. In diesem Zusammenhang verwies er auf die Expansion der prekären Beschäftigungsverhältnisse und bescheinigte der Entwicklung des deutschen Arbeitsmarktes einen problematischen Verlauf. So seien zwar mit ca. 42 Mio. Arbeitnehmern gegenwärtig so viele Menschen erwerbstätig wie niemals zuvor im vereinigten Deutschland, zugleich reduziere sich aber das Volumen der Erwerbsarbeit, da diese zunehmend ungleicher verteilt sei. Das Ergebnis sei die Zunahme nichtstandardisierter Beschäftigung und eine Verschiebung aus der bislang geschützten Erwerbstätigkeit hin zu flexibleren und zugleich auch prekären Beschäftigungsverhältnissen, was dazu führe, dass gegenwärtig ca. 5,5 Mio. Menschen im Niedriglohnsektor mit einem Stundenverdienst von unter 8,50 € beschäftigt sind. Den Vorschlag, das scheinbare Erfolgsmodell der Agenda 2010 auf andere Länder zu übertragen, wies Dörre scharf zurück.

Die Krise der europäischen Staatshaushalte stand im Mittelpunkt der Ausführungen Andreas Freytags. Seiner Ansicht nach entstand die Eurokrise, weil in der Europäischen Wirtschaftspolitik das Augenmerk mehr auf den Konsum anstatt auf die Produktion gelegt worden sei. Gravierender als die Krise selbst erachtet Freytag jedoch die Reaktion auf die Krise. So sieht er im ständigen Regelbruch der Maastrichtkriterien (1992) und der Kopenhagener Kriterien (1997) Hauptursachen der Krise und plädierte aus diesem Grund für eine griechische Bankrotterklärung. Darin sieht er den Vorteil einer zwar schmerzhaften aber überschaubaren Kostengröße. Zudem habe eine Bankrotterklärung Griechenlands kaum spürbare Auswirkungen für die Bevölkerung. Andernfalls entwickele sich aus der gestiegenen Staatsschuldenquote einzelner Länder eine gesamteuropäische Krise, in der etwa die Geldpolitik der EZB permanent auf die Senkung des Leitzinses fokussiert sei, anstatt den Wettbewerb zu aktivieren. Nicht zuletzt kritisierte Freytag auch die Arbeit des Bundestages im Umgang mit Krise, da hier s. E. viel zu lange gezögerte wurde und laute Kritiken an der Krisenstrategie der Bundesregierung von dieser nicht wahrgenommen werden wollten. Griechenland selbst bezeichnet er als fail state und bezog sich dabei v. a. auf die Rolle der Eliten des Landes, denen er mehrheitlich korruptes Handeln vorwarf.

Diesen Gedanken griff auch Norbert Kleinheyer auf, der vor allem vor dem Hintergrund seiner Erfahrungen als Geschäftsführer des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen berichtete. Er konstatierte nicht nur ein Fehlverhalten der Banken in der Staatsschuldenkrise, sondern beschrieb diese zugleich auch als ein Ergebnis einer innergriechische Krise, die s. E. auf einer korrupten Gesellschaft basiert, der es vollkommen an innerstaatlicher Solidarität fehle. Am Beispiel der zu tausenden entlassenen Hafenarbeiter von Piräus beschrieb er die Entlassung von Arbeitern und deren Ersatz durch Leiharbeiter. Die Folge der hohen Arbeitslosigkeit v. a. unter Jugendlichen und die permanente Rezession in Griechenland verstärken sich seiner Ansicht nach gegenseitig so, dass sich Gesellschaft und Wirtschaft in einem Teufelskreislauf befänden. Ebenso wie Freytag übte Kleinheyer scharfe Kritik an der Niedrigzinspolitik der EZB und der zunehmenden Schuldenpolitik der Bundesregierung. Den Eintritt Griechenlands in die Eurozone bezeichnete er als klaren Betrug, dessen Verantwortung Griechen und Europäer in gleichem Maße tragen würden. Sein Gesprächsbeitrag mündete in dem Appell, dass es weniger darum gehen müsse, die Krise zu erklären, sondern statt dessen verstärkt nach Möglichkeiten der Verhinderung zukünftiger Krisen gesucht werden müsse.

Auf die Nachfrage ob die Wirtschafs- und Finanzkrise unmittelbare Auswirkungen auf die Stabilität der Demokratie habe, zeichnete Dörre eine düsteres Bild. Er vermutete, dass bei der kommenden Europawahl 2014 vor allem rechtspopulistische Parteien Stimmzugewinne verzeichnen werden und verwies an dieser Stelle auf den Aufstieg der „Goldenen Morgenröte" in Griechenland. Dies begründete er damit, dass die Austeritätspolitik eines Staates eher zu einer Ausweitung von Ungleichheit führe und damit die Stabilität der Demokratie gefährde. Als Lösungsvorschläge forderte Dörre eine klare Vermögensverteilung von oben nach unten sowie die Stabilisierung und Modernisierung traditioneller Sektoren in Südeuropa, um diesen Ländern die Chance zur Selbststärkung zu geben. Dies setze jedoch demokratische Strukturen voraus.

Erst nach zwei Stunden öffnete sich das Podium auch den kritischen Rückfragen aus dem Auditorium. Diese bezogen sich u. a. auf konkrete und umsetzbare Vorschläge zum Weg aus der Krise und zur Situation in den südeuropäischen Ländern, wie z. B. Portugal und Griechenland.

Auch wenn die Jenaer Gespräche diesmal weniger einen didaktischen oder unterrichtspraktischen Bezug besaßen, dürften alle Anwesenden ihren Blick auf die europäische Wirtschafts- und Finanzkrise geschärft haben. Das ungebrochene Interesse, das die Zuhörer den Ausführungen der Podiumsgäste entgegenbrachten und der lang anhaltende Applaus, mit dem die Gesprächsteilnehmer verabschiedet wurden, lassen jedenfalls auf einen entsprechenden Erfolg schließen.

Toralf Schenk
2. Landesvorsitzender der DVPB-Thüringen

Prof. Dr. Klaus Dörre skizziert seine Thesen zur Deutung der Finanz- und Wirtschaftskrise
Foto: Toralf Schenk, DVPB